

Stellungnahmen zur Dritten Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung (LSV)

Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein (24.3.2023)

„Die Verlängerung der Umsetzungsfrist um ein Jahr ist zu begrüßen. Die Vorgaben zum Bezahlssystem können seitens der Hersteller und damit dann auch der Betreiber in der bisherigen Frist nicht umgesetzt werden. Die Verlängerung abzulehnen, würde den Ladeinfrastrukturausbau bremsen.

Hinzukommt, dass seitens der EU die Überarbeitung der AFIR (alternativ fuel infrastructure regulation AFIR) in diesem Jahr beschlossen werden soll. In der AFIR soll geregelt werden, dass nur für Ladepunkte $\geq 50\text{kW}$ ein Kartenlesegerät für Adhoc-Laden vorhanden sein muss. In diesem Sinne hatte Schleswig-Holstein bei der zweiten Änderung der LSV (Drs. 406/21) einen Plenarantrag im Bundesrat formuliert, der nicht angenommen wurde.

Die von der EU in der AFIR angestrebte Lösung würde es Anbietern von Normalladestationen $<50\text{kW}$ erleichtern, da keine Änderungen vorgenommen werden müssten.

Die vollständige Veröffentlichung der gemeldeten Ladepunkte durch die BNetzA ist sinnvoll und zu begrüßen.“

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW) (16.3.2023)

„Grundsätzlich dienen die beiden Neuerungen der Ladesäulenverordnung (LSV) der Vertrauensbildung in das System der Ladeinfrastruktur in Deutschland. Dies wird von uns begrüßt.

Das alle bei der BNetzA gemeldeten Ladepunkte ausnahmslos im Ladesäulenregister der BNetzA veröffentlicht werden müssen, ist aus unserer Sicht wichtig und richtig. Dies führt dazu, dass jeder Ladepunkt für den Nutzer auffindbar sein wird und dieser sich darauf verlassen kann, dass der Ladepunkt zuverlässig von einer staatlichen Stelle registriert wurde. Wir stimmen deshalb diesem Punkt zu.

Ebenfalls befürworten wir die Verlängerung der Umsetzungsfrist für das einheitliche Bezahlssystem – das Angebot für einen kontaktlosen Zahlungsvorgang mindestens mittels eines gängigen Debit- und Kreditkartensystems durch Vorhalten einer Karte mit der Fähigkeit zur Nahfeldkommunikation.

Aus hiesiger Sicht gibt der Punkt „die Umsetzungsfrist für das einheitliche Bezahlssystem beim Ad-hoc Laden vom 1.7.2023 auf den 1.7.2024 zu verlängern“ den LIS-Erstellern mehr Zeit, das vorhandenen System für den Aufbau zu verwenden.“

ZVEI (24.3.2023)

„Der ZVEI setzt sich für den zügigen Aufbau einer öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur ein und trägt gerne mit dazu bei, diese für den Anwender praktikabel und wirtschaftlich vertretbar zu realisieren. Dem entsprechend nehmen wir zu den beiden mit dem Entwurf der Dritten Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung (LSV) mitgeteilten Änderungsvorhaben wie folgt Stellung:

1. Hinsichtlich der angedachten Verpflichtung, dass künftig alle bei der BNetzA gemeldeten Ladepunkte ausnahmslos im Ladesäulenregister der BNetzA veröffentlicht werden müssen (Umsetzung der Mn. 9 des Masterplans Ladeinfrastruktur II der Bundesregierung) können wir die Beweggründe nachvollziehen. In der vorgesehenen Evaluierung wird man zu prüfen haben, welche Auswirkung dies auf die angebotene Anzahl an öffentlich zugänglichen Ladepunkten gehabt hat.

2. Die Verlängerung der Umsetzungsfrist für das einheitliche Bezahlungssystem beim Ad hoc-Laden vom 1. 7. 2023 auf den 1. 7. 2024 begrüßen wir im Grundsatz hinsichtlich der dann direkt geltenden Regeln der EU-Verordnung AVIR, so dass eine gewisse Verlässlichkeit bezüglich der Rechtssicherheit für die Hersteller öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur zu erwarten ist.

Gleichwohl halten wir die inhaltliche Regelung hinsichtlich des zwingenden Einführung von Bezahlterminals im Wege eines kontaktlosen Zahlungsvorgangs mindestens mittels eines gängigen Debit- und Kreditkartensystems durch Vorhalten einer Karte mit der Fähigkeit zur Nahfeldkommunikation nicht für zielführend. Sie widerspricht der sonst vertretenen Innovationsfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeitsaspekten. Wir verweisen insofern auf unser beiliegendes Positionspapier Bezahlungssysteme vom Januar 2021.“

Tesla (23.3.2023)

„Wir bitten zusätzlich um eine Auslegungsklarstellung für die regulierende Behörde, dass ein gängiges webbasiertes und kostenloses App-System als Umsetzung der Anforderungen nach §4 LSV eingestuft wird, wenn dies eine Registrierung/Anmeldung in der App erfordert, um anschließend den bargeldlosen Zahlungsvorgang zu autorisieren.“